



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VIII/2024/00511**  
Datum: 06.11.2024  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser:  
Plandatum:

| Beratungsfolge   | Termin     | Status                     |
|--|------------|----------------------------|
| Stadtrat   | 27.11.2024 | öffentlich<br>Entscheidung |
| Ausschuss für<br>Planungsangelegenheiten und<br>Stadtentwicklung | 14.01.2025 | öffentlich<br>Vorberatung  |
| Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und<br>Ordnung                 | 16.01.2025 | öffentlich<br>Vorberatung  |
| Stadtrat   | 29.01.2025 | öffentlich<br>Entscheidung |

**Betreff:** **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Schadenbeseitigung und Freigabe der Parkplätze in der Straße der Opfer des Faschismus**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum 01. März zu prüfen, unter welchen Bedingungen und mit welchem Aufwand die schnellstmögliche Freigabe der Parkplätze in der Straße der Opfer des Faschismus, in Höhe der Hausnummer 2, sicherstellt werden kann.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis Mai 2025 eine Planung vorzulegen die die schnellstmögliche Freigabe der Parkplätze in der Straße der Opfer des Faschismus, in Höhe der Hausnummer 2, sicherstellt.

gez. A. Raue  
Fraktionsvorsitzender AfD-Stadtratsfraktion



## **Begründung:**

In der Straße der Opfer des Faschismus, in Höhe der Hausnummer 2, sind seit längerer Zeit 7 Parkplätze abgesperrt.

Offensichtlich ist die Reparatur / Neubau der Stützmauer erforderlich. Jedoch ist nicht hinnehmbar, dass die Stadtverwaltung diese Arbeiten weiter aufschiebt. Diese Parkplätze, und auch die Einnahmen aus ihrer Bewirtschaftung werden für die Einwohner und das Wirtschaftsleben in Halle dringend gebraucht.

Das Auto bleibt laut aktueller Verkehrsprognose auch bis 2040 das dominante Verkehrsmittel. Dies braucht Verkehrsflächen sowohl für den rollenden, als auch für den ruhenden Verkehr, um eine flüssige umweltschonende private Mobilität zu ermöglichen.

Aus Sicht vieler Beobachter gehen in Halle zu viele Stellplätze für PKW verloren, wodurch ein vermehrtes Suchverkehrsaufkommen zu zusätzlicher, vermeidbarer Verkehrs- und Umweltbelastung führt.

Gewerbetreibende, Gastronomen, Dienstleister und Verbände wie IHK und Handwerkskammer beklagen neben einer aussterbenden Innenstadt auch die aufwändige Suche nach Stellplätzen bei Kundendienstbesuchen in den Randbereichen.

In der Ursachenanalyse ist ein Kritikpunkt die schlechter werdende individuelle Erreichbarkeit der Kunden wegen wegfallender Parkplätze, insbesondere die abnehmende Anzahl sichtbarer und spontan nutzbarer öffentliche Parkplätze. Dies führt zu höheren Kosten für Kunden und Unternehmen.

Wohnungsnaher Parkplätze sind besonders für beruflich und familiär doppelbelastete Eltern hilfreich, um ihre vielfältigen Tagesaufgaben effizient und zeitsparend mit dem eigenen PKW zu erledigen, insbesondere wenn der ÖPNV aus persönlichen oder beruflichen Gründen keine nützliche oder effiziente Alternative zum eigenen PKW bietet.

Auch für die täglich beruflich ein- und auspendelnden wertschöpfend tätigen Personen ist verfügbarer Parkraum für die Entscheidung in Halle zu wohnen oder zu arbeiten existenziell. Denn neben den finanziellen Aufwendungen für lange Arbeitswege und generell langen Wegzeiten, bleibt durch lange Parkplatzsuche und weite Laufwege noch weniger Zeit für das Familienleben.

Ausreichend erreichbare Parkplätze sind einfach notwendig, um das Leben von unseren wertschöpfend berufstätigen oder ehrenamtlich engagierten Menschen zu erleichtern.

Aus dem Personenkreis der Berufstätigen gewinnt die Bundesrepublik Deutschland den überwiegenden Anteil ihrer Nettosteuerzahler, die sämtliche soziale Umverteilung erst ermöglichen. Eine Abwanderung von Leistungsträgern ins Umland kann sich unsere Stadt nicht leisten.

Auch die Stadt Halle hat hier ein elementares Interesse daran, diese Menschen als Bürger in der Stadt zu halten oder sie zu gewinnen. Immerhin profitiert sie mit einer Zuweisung in Höhe von 15 Prozent des Aufkommens an Lohnsteuer und an veranlagter Einkommensteuer sowie 12 Prozent des Aufkommens an Kapitalertragsteuer.

Zukünftig wird dies für die Stadt Halle mit ihrer herausfordernden Haushaltslage immer mehr an Bedeutung gewinnen, da besonders die Berufstätigen unsere vielen sozialen und kulturellen Einrichtungen mit ihren Steuerzahlungen finanzieren.

Zudem vergrößert sich der Anteil älterer Jahrgänge infolge der demografischen Entwicklung. Viele Senioren werden deshalb auch zukünftig, aus gesundheitlichen Gründen, auf einen PKW angewiesen sein, wenn sie unabhängig und selbstbestimmt ihr würdevolles Leben weiterführen wollen.